

Erster Stich der Ratspräsidentin

Sozialhilfekosten Hauchdünne Mehrheit fordert neuen Gegenvorschlag zu Gemeinde-Initiative

VON HANS-MARTIN JERMANN

Gleich beim ersten grossen Geschäft an ihrer ersten Sitzung als Landratspräsidentin stand Elisabeth Augstburger (EVP) gestern im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: Beim Antrag der Grünliberalen, den Gegenvorschlag zur Sozialkosten-Ausgleichsinitiative zurückzuweisen, standen sich je 43 Ja- und Nein-Stimmen gegenüber. Die sichtlich überraschte «höchste Baselbieterin» zögerte kurz und fällte dann den Stichentscheid für Rückweisung. Nun muss die zuständige Finanzkommission (Fiko) rasch einen neuen Gegenvorschlag vorlegen. Angepeilt wird ein Entscheid noch dieses Jahr.

Initiative bringe Fehlanreize

Die Initiative, die von elf stark betroffenen Gemeinden lanciert wurde, fordert eine solidarische Verteilung der Sozialhilfekosten, wie dies etwa die Kantone Bern und Solothurn kennen. 70 Prozent der insgesamt anfallenden Kosten sollen gemeinsam von allen 86 Gemeinden getragen werden. Für die restlichen 30 Prozent sind die jeweiligen Wohnsitzgemeinden der Sozialhilfebezügler selber verantwortlich. Für Kritiker der Initiative wie den Birsfelder Gemeindepräsidenten und FDP-Landrat Christof Hiltmann ist eine Solidarisierung der Kosten der falsche Weg. «Das führt zu einem teuren Sozialwesen», sagte Hiltmann. Dies,

«Muss eine Gemeinde zuerst ihre guten Steuerzahler vergraulen, um Härtefallbeiträge zu erhalten, dann gerät sie in einen Strudel nach unten.»

Franz Meyer, CVP-Landrat Grellingen

weil sich niemand mehr verantwortlich fühle, die Kosten tief zu halten. Der Buckter Gemeindepräsident Peter Riebli (SVP) argumentierte ähnlich: Dass mit der Initiative nur 30 Prozent der Kosten eigenverantwortlich getragen werden müssten, sei kein genügender Anreiz, diese tief zu halten. «Die Sozialhilfe funktioniert umso besser, je kleinräumiger sie organisiert ist. Die Initiative bringt das Gegenteil», warnte Riebli.

Die Mehrheit von FDP und SVP anerkannte aber, dass Handlungsbedarf besteht und machte sich deshalb für den Gegenvorschlag der Fiko stark: Demnach sollen besonders stark unter den Sozialhilfekosten leidenden Gemeinden beim Kanton Härtefallbeiträge beantragen können. Dies ist zwar bereits heute möglich, allerdings sollen die Bedingungen gelockert und die Härtefallregel gesetzlich verankert werden. «Diese Regel kann zwar Gemeinden vor dem Totalabsturz retten, eine nachhaltige Lösung ist sie aber nicht», widersprach Urs Kaufmann (SP, Frenkendorf). Eine Alternative zur zweifelhaften Initiative sei sinnvoll, der vorliegende Gegenvorschlag aber un-



Elisabeth Augstburger schaut gebannt auf den Abstimmungsmonitor – dann fällt sie den Stichentscheid. NICOLE NARS-ZIMMER

ausgegoren, sagte Grünen-Fraktionschef Klaus Kirchmayr (Aesch): Die Untergrenze für Härtefallbeiträge sei zu hoch angesetzt. Zudem würden diese sprunghaft gewährt. Das heisst: Einzelne armengemessene Gemeinden kriegen relativ hohe Beiträge; andere, die nur wenig davon entfernt sind, gar keine.

«Der Berg hat eine Maus geboren»

Auch Franz Meyer (CVP), ehemaliger Gemeindepräsident von Grellingen, tadelte den Gegenvorschlag als kontraproduktiv: Damit eine Gemeinde beitragsberechtigt sei, müsse sie ihr gesamtes Eigenkapital aufgebraucht haben und den Gemeindesteuersatz auf mindestens 65 Prozent angehoben haben. «Muss eine Gemeinde zuerst ihre guten Steuerzahler vergraulen, um Härtefallbeiträge zu erhalten, dann gerät sie in einen Strudel nach unten», sagte Meyer. «Der Gegenvorschlag ist ein Revisionslied. Da hat ein Berg eine Maus geboren», fasste der Laufener Stadtrat Linard Candrea zusammen.

Das vereinte rot-grüne Lager erreichte im bürgerlich dominierten Landrat eine hauchdünne Mehrheit dank mehreren Abwechslern bei CVP, FDP und SVP. Dabei handelte es sich fast ausschliesslich um Vertreter von Gemeinden, die unter hohen Sozialhilfekosten leiden wie etwa Thomas Eugster und Heinz Lerf (beide FDP, Liestal),



Andrea Kaufmann (FDP, Waldenburg), Georges Thüring (SVP, Grellingen), Franz Meyer (CVP, Grellingen) oder Marc Scherrer (CVP, Laufen).

Nach dem Scheitern des Gegenvorschlags sind neue Ideen gefragt: Meyer könnte sich vorstellen, dass die Bedingungen zur Gewährung der Härtefallbeiträge beim Eigenkapital und Gemeindesteuersatz gelockert werden. Denkbar sei auch, dass die Sozialhilfekosten weniger stark solidarisiert werden als von der Initiative verlangt, zum Beispiel «nur» zu 50 anstatt zu 70 Prozent. Der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott fordert einen Ausgleichsmechanismus, der sich nicht an den Kosten, sondern an der Sozialhilfequote orientiert. Damit könne dem Hauptargument der Bürgerlichen begegnet werden, dass Fehlanreize geschaffen würden, die zu hohen Kosten führen. Zudem bringt Ott progressiv ansteigende, aber gedeckelte Beiträge ins Spiel.

Die Baselbieter Gemeinden sind heute sehr unterschiedlich von Sozialhilfekosten betroffen: Am höchsten ist der Aufwand in Liestal mit 543 Franken pro Einwohner und Jahr. Auf den Kantonshauptort folgen Pratteln, Grellingen, Reigoldswil und Birsfelden. Der kantonale Durchschnitt liegt bei 237 Franken. Daneben gibt es mehrere grössere Gemeinden mit sehr tiefen Pro-Kopf-Kosten wie Aesch (75) oder Sissach (94 Franken).

☛ Aufsteller

Unter einer Decke

Wer als Verschwörungstheoretiker davon überzeugt ist, dass Politik und Journalen eh unter einer Decke stecken, durfte sich nach der gestrigen Landratsitzung bestätigt sehen: Beim von Sportamtchef Thomas Beugger ausgeheckten und -gesteckten Landrats-OL versteckte sich der letzte Posten im Liestaler bz-Büro. Die wenigen wackeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer mussten bei der gestellten Aufgabe herausfinden, ob es sich beim Sissacher Spitzensportler Mario Dolder um einen Bi- oder Triathleten handelt. So viel darf bei aller Komplizenschaft verraten werden: Mühe mit der richtigen Antwort Biathlon hatten eigentlich nur ein paar Herren der FDP.

☛ Ablöscher

Die Macht der Gewohnheit

Gleich mehrere Rednerinnen und Redner hatten den Wechsel auf dem Präsidentenstuhl noch nicht derart verinnerlicht, als dass dieser bereits Niederschlag in den Anreden gefunden hätte. «Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende»: So tönte es von Dominik Straumann gleich mehrmals. Im Hinterstübchen des SVP-Fraktionschefs war wohl noch immer Philipp Schoch höchster Baselbieter. Straumann gelobte Besserung: «Am Nachmittag wird es klappen.» Nun haben es die SVPler bekanntlich nicht so mit genderpolitischer Correctness. Derselbe Lapsus unterließ später aber auch einer völlig unverdächtigen Politikerin: SP-Landrätin Kathrin Schweizer.

AUS DEM LANDRAT

SVP-FRAKTION

Anita Biedert und Michel Degen neu im Landrat

Der Landrat hat gestern zwei neue Parlamentsmitglieder angelobt – beide von der SVP-Fraktion: Die 64-jährige Anita Biedert folgte auf die per Ende Juni zurückgetretene Rosmarie Brunner (beide Muttens), der 42-jährige Michel Degen (Liedertswil) auf die zurückgetretene ehemalige Landratspräsidentin Myrta Stohler (Diegten). Biedert wurde zugleich in die Justiz- und Sicherheitskommission gewählt, Degen in die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission. (BZ)

STANDES-INITIATIVE

Poststellen-Vorstoss nicht dringlich

Der Landrat hat gestern der von SP-Präsident Adil Koller eingebrachten Standesinitiative zum Erhalt von Poststellen die Dringlichkeit abgesprochen. Der Entscheid fiel mit 34 zu 48 Stimmen; zur Gewährung der Dringlichkeit ist im Parlament jeweils ein Zweidrittelmehr nötig. Die Standesinitiative verlangt konkret ein Moratorium bei der Schliessung der Poststellen. Zuerst müsse die Politik die weitere Strategie für das Staatsunternehmen definieren, bevor dieses ihr Filialnetz weiter abbaue, heisst es. Die Standesinitiative ist von mindestens einem Vertreter sämtlicher Fraktionen im Landrat unterschrieben worden. (BZ)

CVP-VORSTOSS

Regel bei stiller Wahl soll angepasst werden

In einer Motion fordert CVP-Landrat Pascal Ryf (Oberwil) eine «sinnvolle» Lösung bei stillen Wahlen. Der Regierungsrat soll eine analoge Lösung für das Baselbiet ausarbeiten, wie dies beispielsweise die Kantone Zürich und Solothurn handhaben, und das Gesetz über die politischen Rechte entsprechend anpassen. In diesen beiden Kantonen sind stille Wahlen auch möglich, wenn weniger Personen vorgeschlagen wurden, als Ämter zu besetzen sind. (BZ)

Weiter mit Atomstrom

Energiepolitik Regierung und Landratsmehrheit lehnen die Anti-Atomstrom-Initiative sowie den Gegenvorschlag ab.

Der Baselbieter Landrat empfiehlt die Volksinitiative «Für einen sicheren und sauberen Strom – 100% Zukunft ohne Atomstrom» der Grünen zur Ablehnung. Die Initiative will die kantonalen Energieversorger verpflichten, bis 2030 mindestens 80 Prozent der an die Endkundenschaft verkauften Energie aus erneuerbaren Quellen zu beschaffen. Sie war im September 2011 mit 2316 Unterschriften eingereicht worden.

Im Weiteren gibt die Initiative den Unternehmen die Umstellung auf die vollständige Versorgung aus erneuerbaren Quellen als Ziel vor. Sie enthält einen neuen Paragraphen für das Energiegesetz. Unterstützt hatte die Initiative im Landrat nebst den Grünen auch die SP. Abgelehnt wurde sie von FDP und SVP sowie einer Mehrheit der CVP/BDP-Fraktion

und einzelnen Mitgliedern der GLP/GU-Fraktion. Die Regierung lehnt die Initiative ebenfalls ab. Diese sei nicht mit übergeordnetem Recht kompatibel. Sie widerspreche der Liberalisierung des Strommarktes, sagte Baudirektorin Sabine Pegoraro (FDP) gestern im Landrat. Des Weiteren würde sie die Rahmenbedingungen für die kantonalen Energieversorger verschlechtern.

Staatsunternehmen betroffen

Abgelehnt hatte der Landrat zuvor eine Motion aus GLP-Kreisen, die einen Gegenvorschlag verlangt hatte, um die Ziele der Initiative teilweise zu erreichen. Dies, indem Kanton und Gemeinden verpflichtet worden wären, künftig ausschliesslich Strom aus nicht-nuklearen Quellen zu beziehen. Der Anteil an Strom aus fossilen Quellen hätte zudem nicht mehr als 20 Prozent betragen dürfen. Dies hätte auch für die Mehrheitsbeteiligungen des Kantons gegolten. Der Landrat lehnte ferner den SP-Antrag ab, die Vorlage an die vorbereitende Kommission zurückzuweisen. (SDA)

Zubringer Bachgraben

Trasse für neue Strasse gesichert

Der Baselbieter Landrat hat gestern den räumlichen Korridor für den Zubringer Bachgraben-Nordtangente gesichert. Mit dem Zubringer soll der Wirtschaftsstandort Bachgraben in Allschwil besser erschlossen werden. Der Landrat hat die entsprechende Anpassung des kantonalen Richtplans mit 62 zu 10 Stimmen bei 9 Enthaltungen verabschiedet. Die Anpassung muss noch vom Bundesrat genehmigt werden.

Gegenstimmen und Enthaltungen kamen von Landrätinnen und Landräten der SP sowie der Grünen/EVP-Fraktion. Zuvor hatte der Landrat einen Antrag der SP abgelehnt, im Landratsbeschluss festzuschreiben, dass auch eine bessere Anbindung des Gebiets Bachgraben an den öffentlichen Verkehr geprüft wird. Gegner des Antrags argumentierten, dass dazu schon ein Postulat hängt ist. Der Richtplaneintrag zum Zubringer Bachgraben-Nordtangente war bereits Teil eines Massnahmenpakets, das im Rahmen der Abstimmung zum Entwicklungsplanung Limental-Birseck-Allschwil (Elba) im November 2015 vom

Baselbieter Volk verworfen wurde. Der Zubringer war indes selbst von vielen Elba-Gegnern als unbestritten bezeichnet worden. Die Entwicklung des Zubringers geht auf eine Initiative für eine Umfahrungsstrasse von Allschwil zurück. Diese war vom Baselbieter Volk im Frühjahr 2015 mit 61,87 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen worden.

Mit Frankreich oder alleine?

Die Arbeiten für eine Vorstudie zum Zubringer an die Autobahn waren im vergangenen Herbst aufgenommen worden. Sie sollen gemäss dem Kanton Basel Ende September abgeschlossen sein. Schon im Mai wurden zudem Vorbereitungsarbeiten für das Vorprojekt gestartet. Aktiv weiterverfolgt werden derzeit zwei mögliche Linienführungen: eine mit Beteiligung Frankreichs, eine zweite ausschliesslich auf Schweizer Boden. Nach dem derzeitigen Terminplan soll mit der Realisierung 2024 begonnen werden. Mit dem Zubringer Bachgraben soll auch das bestehende Strassennetz entlastet werden. (SDA)